

**Gesellschaftliche Teilhabe von
Menschen mit Behinderung in
Deutschland**

**Ergebnisse einer
bevölkerungsrepräsentativen Befragung**

INHALT

VORBEMERKUNG	1
DIFFERENZIERTE EINSCHÄTZUNG DER SITUATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG.....	2
MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER SITUATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG.....	7
DER AKTIONSPLAN DER BUNDESREGIERUNG WIRD BEGRÜSST – ABER ANDERE GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN SIND EBENFALLS IN DER PFLICHT	10
WISSENSSTAND DER BEVÖLKERUNG ZUR UN-BEHINDERTEN- RECHTSKONVENTION	12

VORBEMERKUNG

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, verkürzt häufig als UN-Behindertenrechtskonvention bezeichnet, konkretisiert die universellen Menschenrechte für die speziellen Bedürfnisse und Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen. Leitgedanke ist dabei die umfassende Inklusion, also die Möglichkeit für alle, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit einem Aktionsplan, der unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales entwickelt wird und Mitte Juni vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll, will die Bundesregierung das UN-Übereinkommen national umsetzen.

Vor diesem Hintergrund hat das BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH damit beauftragt, unter anderem zu untersuchen, wie die Bevölkerung die derzeitige Situation und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung sowohl generell als auch in ausgewählten Lebensbereichen wie z.B. Bildung und Arbeitsleben bewertet, welche Maßnahmen als besonders geeignet angesehen werden, die Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern, und inwiefern die Bevölkerung bereits von der UN-Behindertenrechtskonvention gehört hat. Dazu wurde zwischen dem 9. und 22. Mai 2010 eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe von 1.857 Personen mündlich-persönlich (Face-to-Face) interviewt.

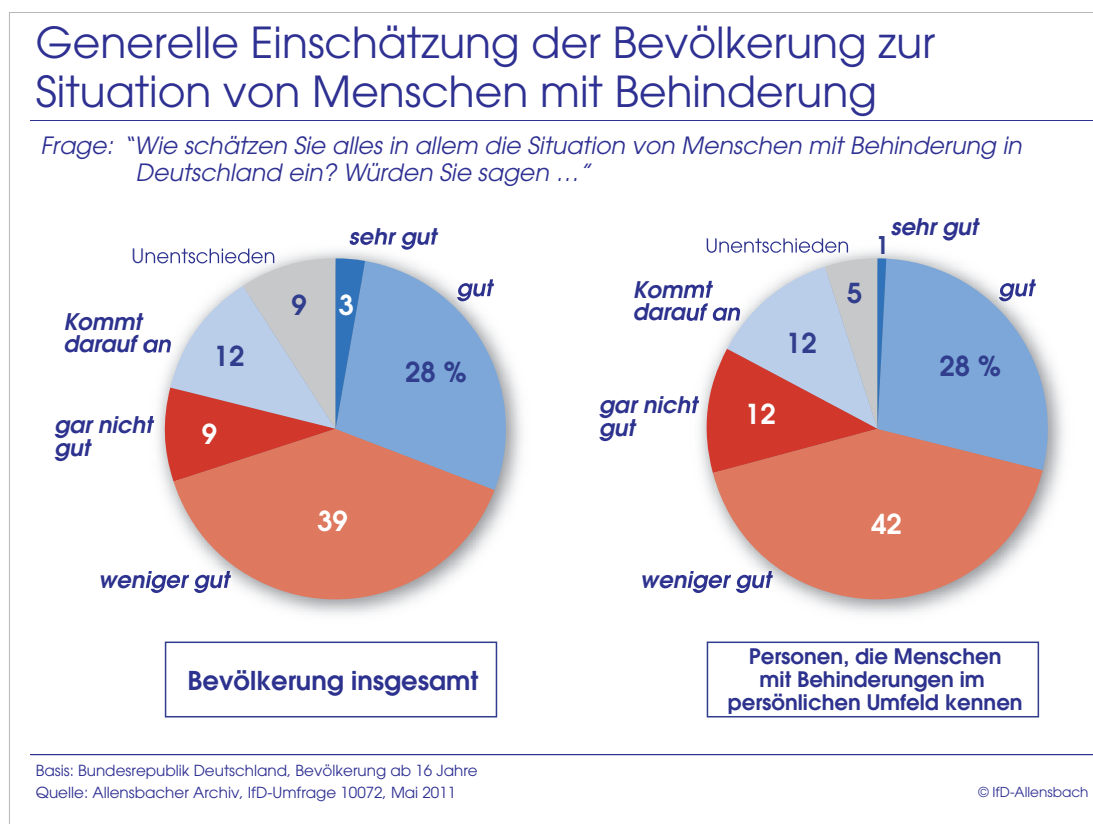
Allensbach am Bodensee,
am 14. Juni 2011

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

DIFFERENZIERTE EINSCHÄTZUNG DER SITUATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die Bevölkerung hat einen ambivalenten, tendenziell eher negativen Eindruck von der aktuellen Situation von Menschen mit Behinderung: Fast die Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent) bewertet die Situation von Menschen mit Behinderung in Deutschland als weniger gut (39 Prozent) oder gar nicht gut (9 Prozent). Nur rund jeder Dritte (31 Prozent) kommt zu einer positiven Einschätzung. 12 Prozent machen ihre Bewertung von den konkreten Parametern abhängig, am häufigsten von der Art der Behinderung und dem Lebensumfeld, z.B. ob Familienangehörige als Hilfe vorhanden sind. Personen, die Menschen mit Behinderung im persönlichen Umfeld haben oder selbst behindert sind, bewerten die Situation von Menschen mit Behinderung tendenziell etwas schlechter als der Bevölkerungsdurchschnitt: 54 Prozent halten die Situation von Menschen mit Behinderung für weniger oder gar nicht gut, nur 29 Prozent ziehen eine positive Bilanz (Schaubild 1).

Schaubild 1



Der Kreis derjenigen, die Menschen mit Behinderung aus dem eigenen persönlichen Umfeld kennen, ist relativ groß: Mehr als ein Drittel der Bevölkerung (37 Prozent) gibt an, jemanden mit Behinderung in seiner Familie oder im eigenen Verwandten- und Bekanntenkreis zu haben. Mit geringen Abweichungen ist der Anteil derjenigen, die Menschen mit Behinderung aus dem eigenen Nahbereich kennen, in allen Bevölkerungskreisen ähnlich hoch. Auffallend ist lediglich, dass es in Ostdeutschland mit 29 Prozent im Vergleich zu Westdeutschland (39 Prozent) deutlich weniger Menschen gibt, die selbst Kontakt zu Menschen mit Behinderung haben.

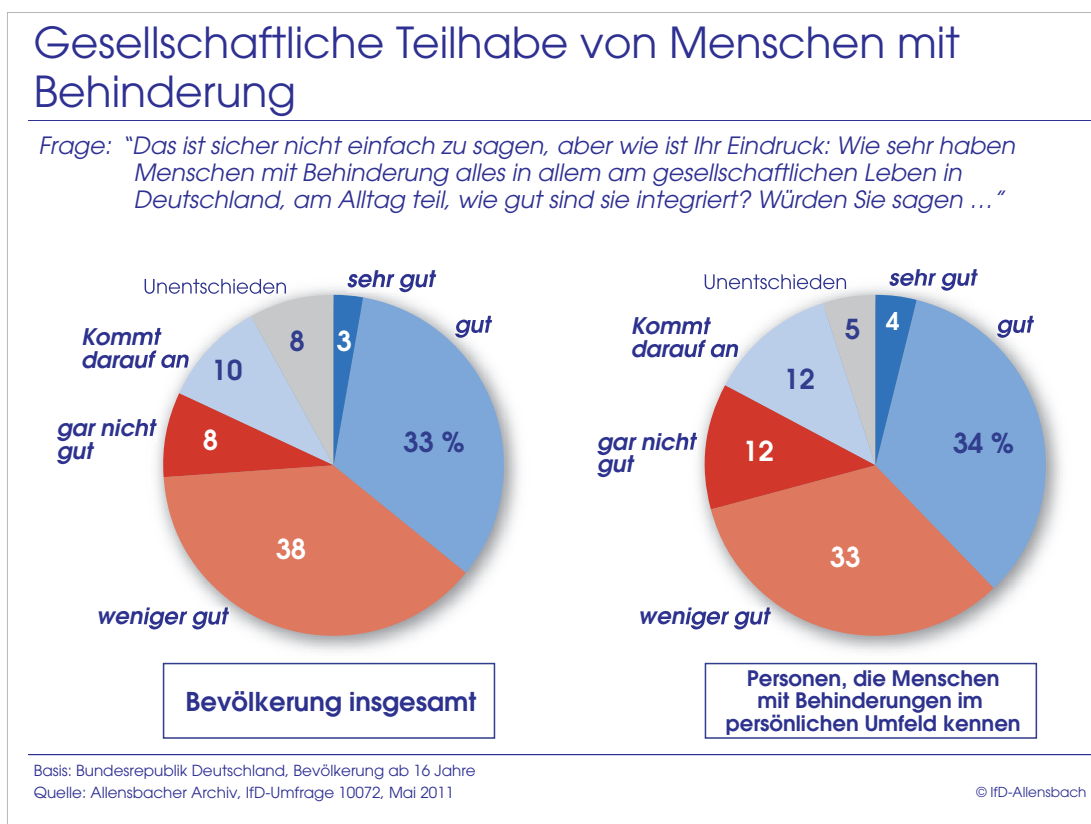
	Anteil an Personen, die im persönlichen Umfeld kennen
	Prozent
Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre	37
Westdeutschland	39
Ostdeutschland	29
Männer	40
Frauen	35
Personen im Alter von	
– 16 bis 29 Jahre	34
– 30 bis 44 Jahre	37
– 45 bis 59 Jahre	41
– 60 Jahre und älter	36
Personen mit einem Haushaltseinkommen von	
– unter 1.500 Euro	37
– 1.500 bis unter 2.500 Euro	37
– 2.500 Euro und mehr	39

Die repräsentative Abbildung von Menschen mit Behinderung ist in einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung nur sehr begrenzt möglich, da es in

Abhängigkeit von Art und Schwere der Behinderung Einschränkungen bei der Erreichbarkeit dieser Zielgruppe gibt. Daher wurde darauf verzichtet, explizit zu ermitteln, ob die Befragten selbst eine Behinderung haben. Befragte, die von sich aus Auskunft über ihre Behinderung gegeben haben, wurden daher auch nicht gesondert ausgewiesen, sondern für die Analyse mit denjenigen zusammengefasst, die in ihrem unmittelbaren Umfeld Menschen mit Behinderung kennen.

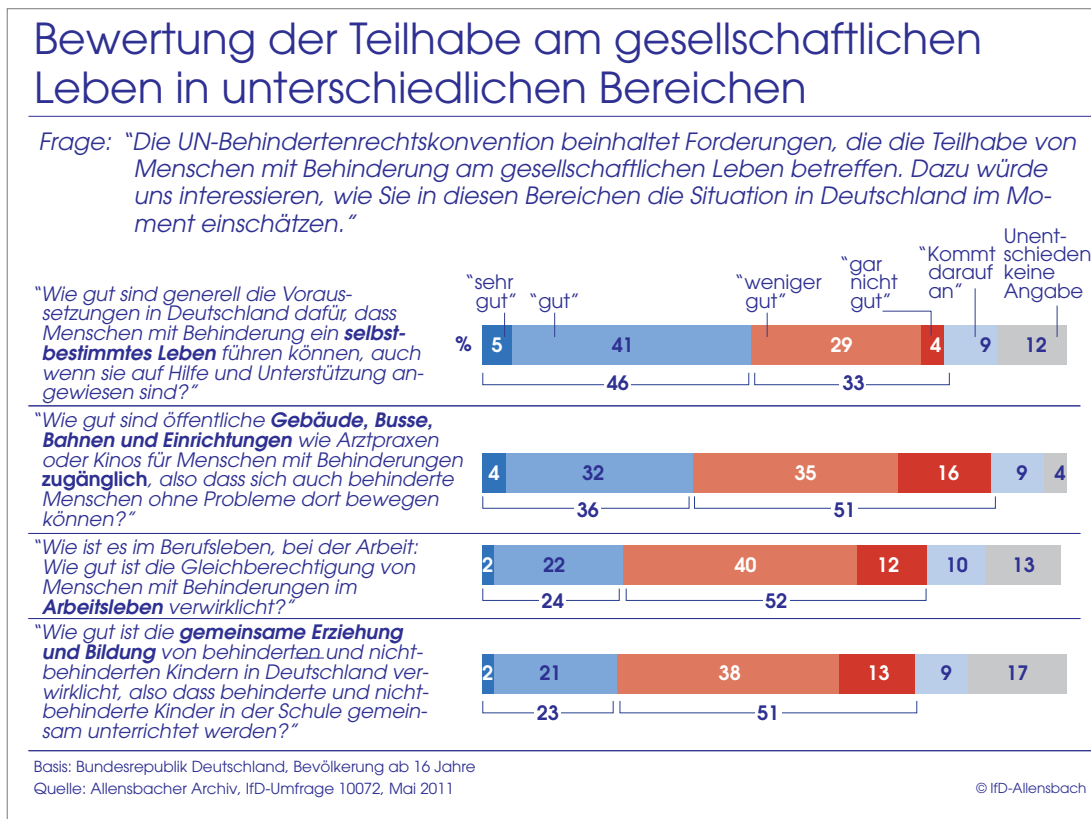
Die Bewertung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung fällt ähnlich aus wie die der generellen Situation von Menschen mit Behinderung: Fast die Hälfte der Bevölkerung (46 Prozent) bewertet die Inklusion von Menschen mit Behinderung als weniger (38 Prozent) oder gar nicht gut (8 Prozent), 36 Prozent ziehen hingegen eine positive Bilanz. Erneut bewerten Personen, die aus ihrem persönlichen Umfeld Menschen mit Behinderung kennen, die derzeitige gesellschaftliche Teilhabe als etwas schlechter als die Gesamtbevölkerung: 45 Prozent stufen die gesellschaftliche Teilhabe als weniger gut oder gar nicht gut ein, 38 Prozent geben eine positive Einschätzung zu Protokoll (Schaubild 2).

Schaubild 2



Wird nach konkreten Bereichen gefragt, in denen sich die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung manifestiert, so ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild: Die generellen Voraussetzungen dafür, dass Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben führen können, werden mit 46 Prozent mehrheitlich als sehr gut oder gut bewertet. In den anderen Bereichen überwiegt dagegen die Skepsis, ob die gesellschaftliche Teilhabe dort tatsächlich realisiert ist. In Bezug auf die physische Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln sowie in Einrichtungen mit Publikumsverkehr, z.B. Arztpraxen oder Kinos, bewertet nur ein gutes Drittel der Bevölkerung die aktuelle Situation als (sehr) gut, 51 Prozent hingegen als weniger oder gar nicht gut. Im Bildungsbereich und im Berufs- und Arbeitsleben ist es sogar nur jeder Vierte, der die derzeitige Situation bei der gemeinsamen Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern sowie der Gleichberechtigung im Arbeitsleben als sehr gut oder gut einschätzt. Die Mehrheit von 51 bzw. 52 Prozent kommt in diesen Bereichen zu einer negativen Einschätzung (Schaubild 3).

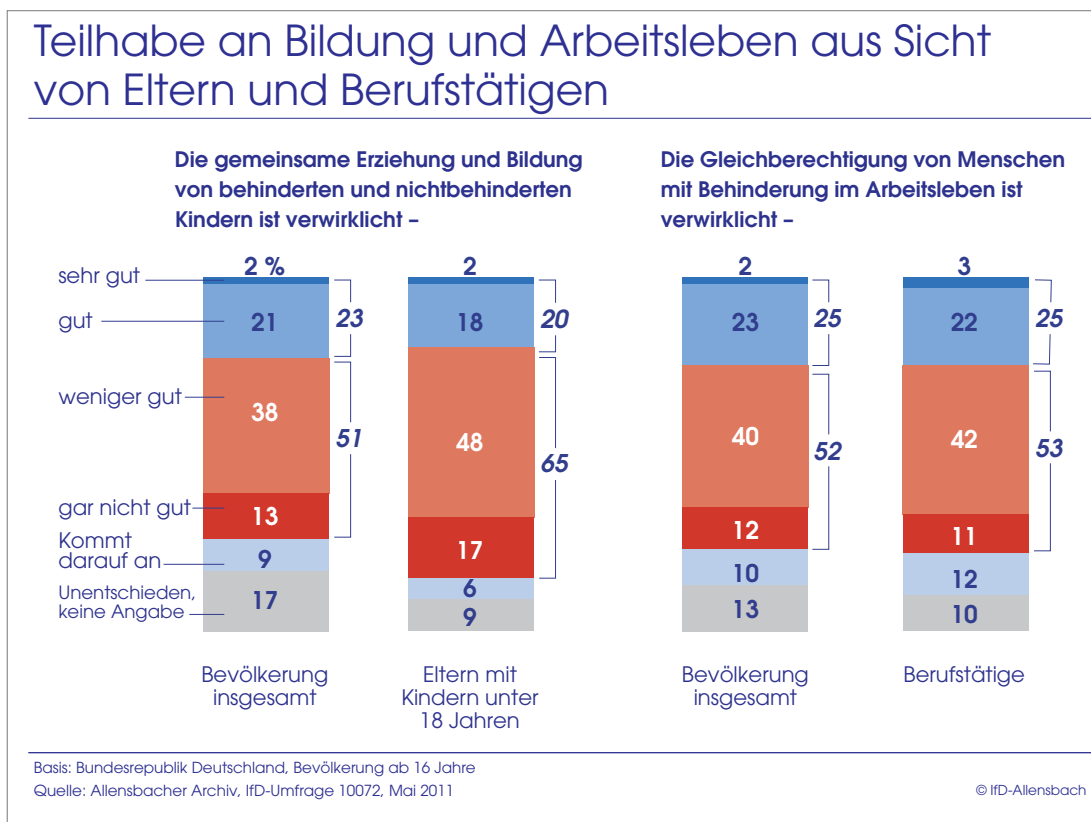
Schaubild 3



Eltern mit Kindern unter 18 Jahren sehen Inklusion im Bildungsbereich, also dass beispielsweise Kinder mit und ohne Behinderung in der Schule gemeinsam unterrichtet werden, als noch weniger gut verwirklicht an als die Gesamtbevölkerung: Nur 20 Prozent geben zu Protokoll, dass die gemeinsame Erziehung und Bildung tatsächlich umgesetzt ist, 65 Prozent hingegen sehen hier Defizite (Schaubild 4).

Anders als bei der Bildung ergibt sich im Nahbild der Berufstätigen hingegen keine abweichende Bewertung in Bezug auf die Verwirklichung der Teilhabe im Arbeitsleben: 25 Prozent der Berufstätigen sehen die Gleichberechtigung im Arbeitsleben als gut oder sehr gut verwirklicht (Gesamtbevölkerung: 25 Prozent), 53 Prozent als weniger gut oder gar nicht gut verwirklicht an (Gesamtbevölkerung: 52 Prozent, Schaubild 4).

Schaubild 4

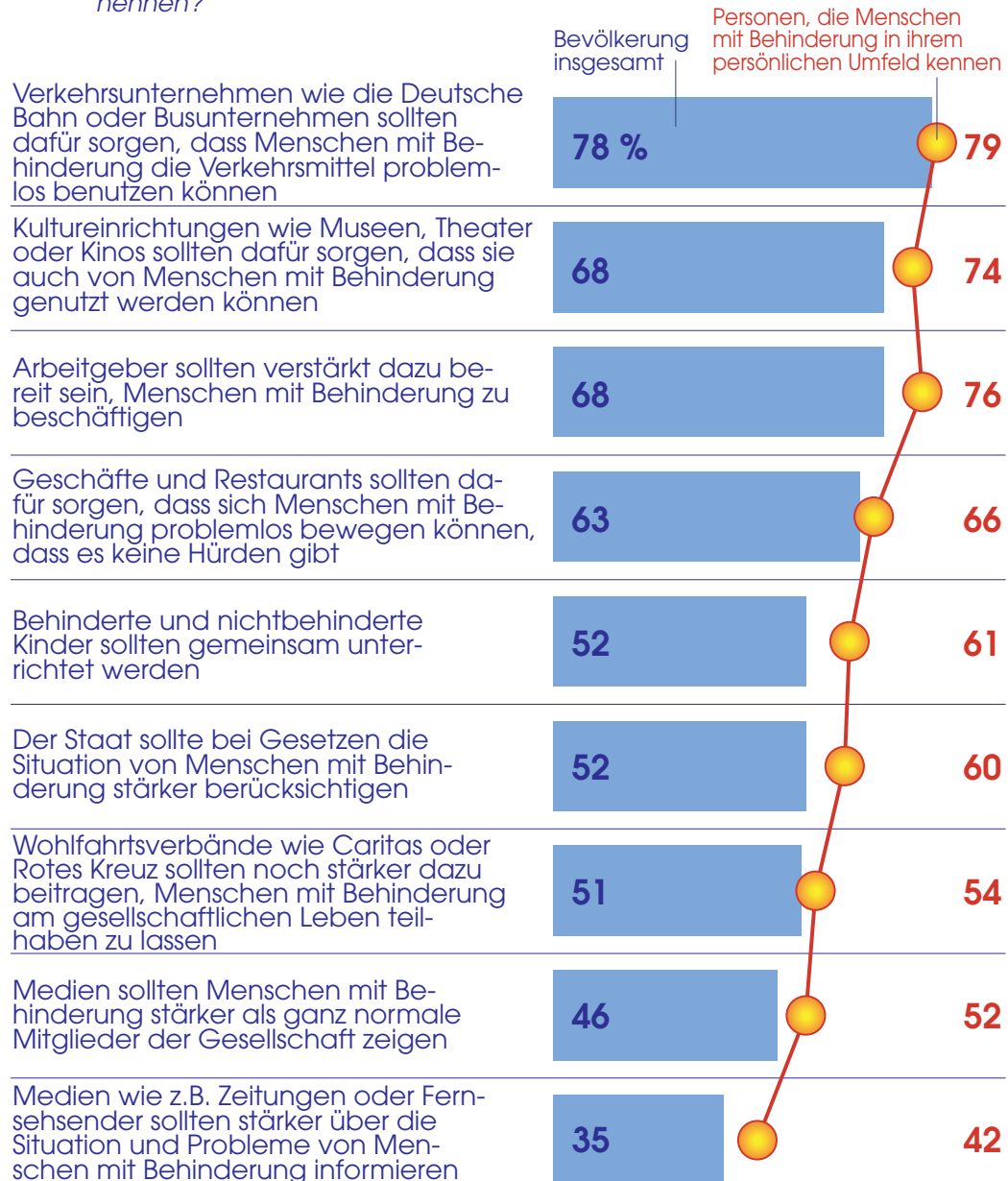


MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER SITUATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Aus Sicht der Bevölkerung lässt sich die Situation von Menschen mit Behinderung vor allem durch den weiteren Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum – bei Verkehrsmitteln (78 Prozent), in Kultureinrichtungen (68 Prozent) sowie in Geschäften und Restaurants (63 Prozent) – verbessern. Ähnliche Bedeutung misst die Gesamtbevölkerung der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz bei (68 Prozent). Es folgen – von jeweils gut der Hälfte der Bevölkerung genannt – der gemeinsame Unterricht (52 Prozent), die stärkere Berücksichtigung der Situation von Menschen mit Behinderung bei der Gesetzgebung (ebenfalls 52 Prozent) sowie das noch stärkere Engagement der Wohlfahrtsverbände in diesem Bereich (51 Prozent). Den vergleichsweise geringsten Impuls für eine Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung erwartet die Bevölkerung von den Medien: 46 Prozent meinen, dass es die Situation von Menschen mit Behinderung verbessern würde, wenn Medien sie stärker als "ganz normale Mitglieder der Gesellschaft" zeigen würden. Dass die stärkere Information über die Situation und Probleme von Menschen mit Behinderung deren Situation verbessert, glauben 35 Prozent der Bevölkerung. Die Einschätzung der Bevölkerung deckt sich mit der Bewertung derjenigen, die Menschen mit Behinderung in ihrem persönlichen Umfeld kennen. Letztere nehmen eine weitestgehend identische Priorisierung, bei insgesamt häufigerer Nennung der jeweiligen Maßnahmen, vor (Schaubild 5).

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung

Frage: "Was kann Ihrer Meinung nach am ehesten dazu beitragen, die Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern? Was von dieser Liste würden Sie nennen?"

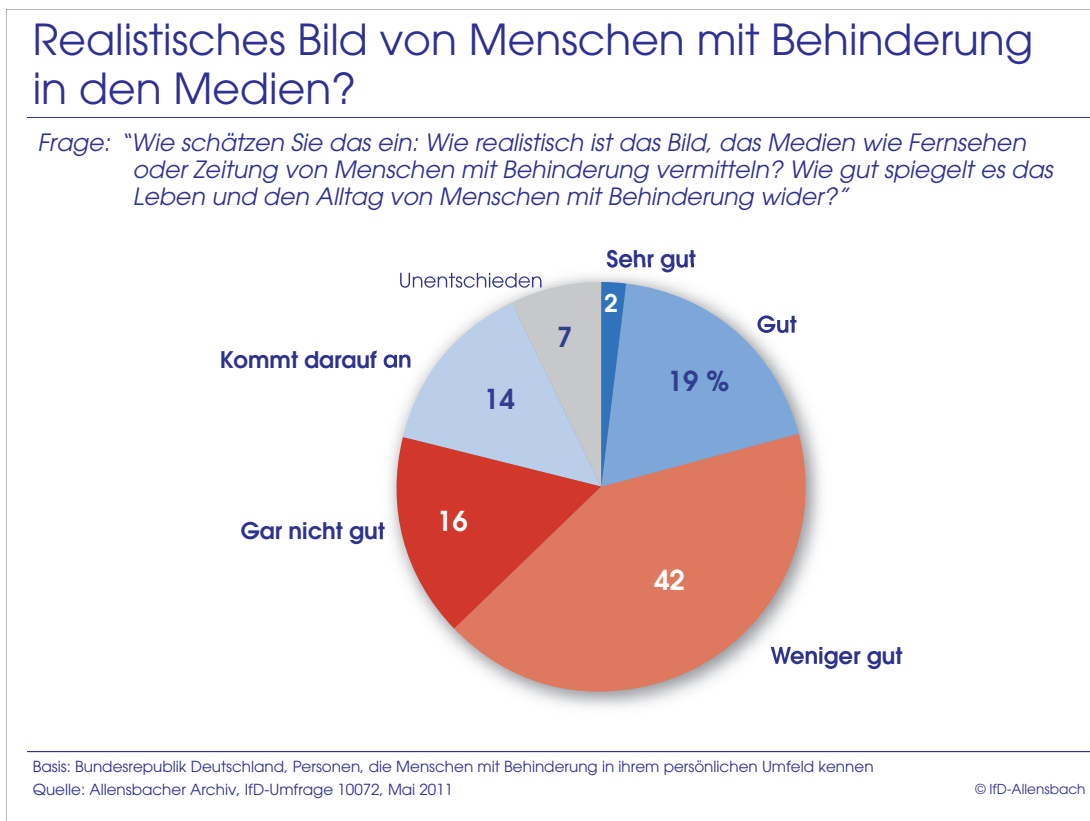


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10072, Mai 2011

© IfD-Allensbach

Auch wenn den Medien keine maßgebliche Rolle bei der Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung zugeschrieben wird, besteht aus Sicht derjenigen, die selbst Menschen mit Behinderung kennen, durchaus ein Defizit im Bild, das die Medien von Menschen mit Behinderung vermitteln: Nur gut jeder Fünfte (21 Prozent) meint, dass die Darstellung in den Medien das Leben und den Alltag von Menschen sehr gut oder gut widerspiegelt. Die deutliche Mehrheit von 58 Prozent attestiert den Medien hier ein Defizit – 42 Prozent finden, dass die Medien die Situation von Menschen mit Behinderung weniger gut, weitere 16 Prozent gar nicht gut widerspiegeln (Schaubild 6).

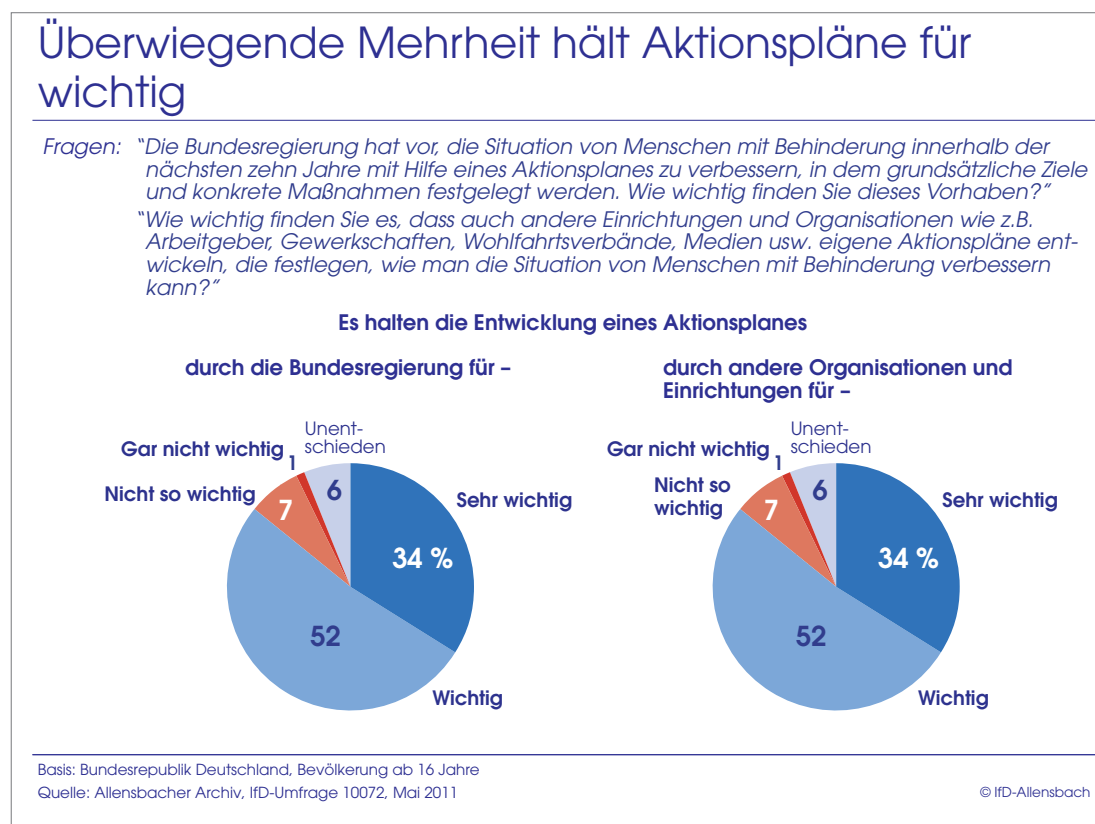
Schaubild 6



DER AKTIONSPLAN DER BUNDESREGIERUNG WIRD BEGRÜSST – ABER ANDERE GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN SIND EBENFALLS IN DER PFLICHT

Mit der Entwicklung eines Aktionsplans, in dem grundsätzliche Ziele und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung, festgeschrieben werden, will die Bundesregierung die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern und die UN-Behindertenrechtskonvention national umsetzen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung (86 Prozent) hält einen solchen Aktionsplan für sehr wichtig oder wichtig. Andere Organisationen und Einrichtungen wie Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Medien stehen nach Meinung der Bevölkerung aber in genau demselben Maße in der Pflicht: 86 Prozent der Bevölkerung finden es auch bei diesen Institutionen sehr wichtig oder wichtig, dass sie Aktionspläne entwickeln (Schaubild 7).

Schaubild 7



Die Entwicklung von Aktionsplänen wird sowohl von Personen, die die Situation vom Menschen mit Behinderung als weniger gut einstufen, als auch von Personen, die die Situation als gut bewerten, mit überwiegender Mehrheit für sehr wichtig oder wichtig gehalten. Personen, die eine schlechte Bilanz der aktuellen Situation ziehen, messen der Erarbeitung von Aktionsplänen dabei erwartungsgemäß noch stärkere Bedeutung bei:

	Personen, die die Situation von Menschen mit Behinderung bewerten als –	
	sehr gut, gut %	weniger gut, gar nicht gut %
Es halten die Entwicklung eines Aktions- plans durch die Bundesregierung für		
– sehr wichtig.....	30	48
– wichtig.....	<u>53</u>	<u>45</u>
	83	93
Es halten die Entwicklung eines Aktions- plans durch andere Institutionen für		
– sehr wichtig.....	31	45
– wichtig.....	<u>52</u>	<u>47</u>
	83	92

WISSENSSTAND DER BEVÖLKERUNG ZUR UN-BEHINDERTENRECHTS-KONVENTION

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist den Bürgern weitgehend unbekannt: Nur ein sehr geringer Anteil der Bevölkerung (14 Prozent) hat bereits von der UN-Behindertenrechtskonvention gehört. Mit 86 Prozent hat die überwiegende Mehrheit noch nicht davon gehört. Bei Personen mit höherer Schulbildung ist die Kenntnis mit 23 Prozent etwas ausgeprägter, aber auch hier geben drei Viertel zu Protokoll, noch nicht von der UN-Behindertenrechtskonvention gehört zu haben. Auch von den Personen, die aufgrund von Menschen mit Behinderung in ihrem persönlichen Umfeld für das Thema sensibilisiert sein könnten, ist das UN-Übereinkommen nur 17 Prozent ein Begriff (Schaubild 8).

Schaubild 8

